



Bundesstaat Baden

administrative Regierung Bundesstaat Baden

in der Funktion des persistent objector

Auswärtige Angelegenheiten

An
öffentliche Einrichtungen
und Dienststellen

Niederschrift

der Bundesrepublik Deutschland

per Telefax

in Kopie zur Kts. und weiteren Veranlassung: an: Präsidium Deutsches Reich

Betr.: Der Staatenbund Deutsches Reich wurde heute am 07. Februar 2017 angefeindet

Werte Damen und Herren der BRD-Einrichtungen auf Bundes- und Landesebene sowie der kommunalen BRD-Einrichtungen,

aus aktuellem Anlaß bekräftigen wir, die Mitglieder der administrativen Regierung des sich völkerrechtskonform reorganisierenden Bundesstaats Baden, unsere Zugehörigkeit im Staatenbund Deutsches Reich.

www.Staatenbund-DeutschesReich.info

Wir stellen uns hinter unsere am heutigen Tage im Bundesstaat Bayern angegriffenen, verschleppten und angefeindeten Kollegen und Kolleginnen der administrativen Regierung des Bundesstaats Bayern und erklären unsere uneingeschränkte Solidarität mit ihnen.

Obwohl unsere Staaten im Staatenbund Deutsches Reich mit unseren Staatsangehörigen und bestellten Vertretern **nicht (!!!)** mit der „Reichsbürgerbewegung“ zu verwechseln sind, obwohl wir weder „keltisch-druidischen Vereinen“ angehören, weder „Exilregierungen“ bilden, weder Königen nachlaufen oder Monarchien installieren wollen und vor allem **weder die BRD ablehnen**, obwohl wir uns pflichtgemäß entnazifiziert haben und uns von den Weimarer Symbolen und der Hitler'schen Staatsangehörigkeit „Deutsch“ befreit haben und uns auf das Grundgesetz berufen, werden wir von Ihren Kollegen mit all den anderen, mitunter völkerrechtswidrig agierenden Gruppierungen ideologisch in einen Topf geworfen und unter schwersten Vergehen gegen geltendes Völkervertragsrecht von Ihrer schwer bewaffneten POLIZEI überfallen, verschleppt und ausgeraubt und zeitgleich öffentlich medial hingerichtet.

Wir schöpfen unsere Legitimität aus dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und aus dem von allen Staaten der Völkergemeinschaft akzeptierten Völkerrecht und nehmen auf friedliche Weise unsere Rechte ausschließlich im Rahmen der völkerrechtlich vorgeschriebenen **Restitution** wahr, nun auch unter Anruf internationaler und alliierter Hilfe.

**Zentralverwaltung Bundesstaat Baden Deutsches Reich
Auswärtige Angelegenheiten**

über Poststelle zu Karlsruhe, Roggenbachstraße 19 [76133] Karlsruhe

Diese Pflicht zur Restitution und zur Klärung der staatlichen Rechtsnachfolge zum Deutschen Reich (2. Deutsches Reich), zu den Glied-/Bundesstaaten und vor allem zum **Freistaat Preußen**

www.freistaat-preussen.world

– alles legitime und existierende Völkerrechtssubjekte – wird von Ihren Verwaltungsstrukturen in der BRD und von Ihren Politikern **nicht** umgesetzt!

Der Bundesstaat Baden, in Reorganisation seit dem 28. Februar 2016, darf nach Abschluß und Ratifikation des Staatsvertrages mit dem Freistaat Preußen vom 03. September 2016 (Kopien der Urkunden liegen bei) seine staatlichen Rechte wieder international geltend machen

www.Bundesstaat-Baden.info

Anlage:

Staatsvertrag mit dem Freistaat Preußen und Ratifikationsurkunde vom 03. September 2016

Gegeben zu Karlsruhe, am 07. Februar 2017

33 22 003/17



Nicola Sumovic a.d.F. Will

Andreas a.d.F. Dieker

Paul Andreas a.d.F. Iller

Johanna a.d.F. Degelmann

administrative Regierung Bundesstaat Baden